



Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Karin Prien

Bundesministerin

HAUSANSCHRIFT Glinkastraße 24, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin

TEL +49 (0)30 20655-1000
FAX +49 (0)30 20655-4100
E-MAIL mb@bmbfsfj.bund.de
INTERNET www.bmbfsfj.de

ORT, DATUM Berlin, 29. August 2025

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Freundinnen und Freunde,

das Kabinett hat vor wenigen Tagen den Entwurf für den Bundeshaushalt 2026 und die Finanzplanung bis 2029 beschlossen. Für den Haushaltstitel, aus dem auch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert wird, sieht der Entwurf folgende Ansätze vor: 2025: 200, 2026: 209, 2027: 206, 2028: 202, 2029: 199 in Millionen Euro.

Mich haben Fragen nach dem Grund für die Anhebung des Haushaltstitels erreicht. Das ist vor dem Hintergrund der Kleinen Anfrage aus Ihren und Euren Reihen vom Frühjahr dieses Jahres nachvollziehbar. Ich will die Fragen gerne beantworten und beschreiben, wo wir bei „Demokratie leben!“ stehen.

Bundesprogramme zur Förderung und zum Schutz unserer Demokratie gibt es seit 2001, seit 2015 unter dem jetzigen Namen. Die Ampelkoalition und die grüne Hausleitung des Ministeriums haben zum Ende des letzten Jahres die jetzt laufende Förderperiode 2025 bis 2032 eingeleitet und – bis auf wenige Reste – die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel über die gesamte Laufzeit gebunden, also über mehrere Jahre. Damit müssen wir einen sauberen und rechtssicheren Umgang finden, wenn wir da Korrekturen vornehmen wollen.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf verständigt, das Bundesprogramm „Demokratie leben“ weiterzuführen und es zu diesem Zweck zu evaluieren. Und das wollen wir richtig, das heißt: rechtssicher, machen.

Deshalb haben wir mit dem Tag der Amtsübernahme angefangen, Strukturen und Ziele zu überprüfen, neue Verfahren zu entwickeln und auch die Demokratiearbeit im Netz gegen innere und äußere Staatsfeinde in den Blick zu nehmen.

Fest steht: Bei „Demokratie leben!“ wird sich Grundlegendes ändern.

1. Wir bilden die gesamte Bandbreite aktueller demokratiefeindlicher Phänomene, insbesondere politischen Extremismus, Antisemitismus und islamistischen Extremismus, besser im Programm ab und schließen dazu auch neue Partnerschaften vor Ort.
2. Wir erschließen die Arbeits-, Wirtschafts- und Unternehmenswelt als Aktionsfelder des Programms, denn Arbeitgeber wie Gewerkschaften haben längst erkannt: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein demokratisches Miteinander sind unverzichtbar Grundlage unserer Sozialen Marktwirtschaft. Wir beziehen deshalb auch die Sozialpartner in das Programm ein.
3. Wir intensivieren die digitale Extremismusprävention deutlich – Radikalisierung findet heute vermehrt im Netz statt. Jeder von uns kennt Hass und Hetze auf den sozialen Plattformen. Es gibt erste gute Ansätze, wie wir diesem Phänomen begegnen können. Aber hier muss zukünftig ein Schwerpunkt eines wirksamen Programms zum Schutz unserer Demokratie liegen!
4. Wir stärken die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden und der wissenschaftlichen Extremismusforschung und berücksichtigen deren Erkenntnisse in der Programmsteuerung besser. Wer Zuwendungen des Bundes zum Schutz unserer Demokratie erhält, muss selbst Vorbild sein! Es gibt mehr als 400 direkte Partner und mehr als 3000 Projekte als Letztempfänger der Bundesmittel. Wir werden durch klare Strukturen und Verfahren sicherstellen, dass das Ziel, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen, von allen angestrebt und auch erreicht wird. In einem ersten Schritt – nach wochenlanger Arbeit und mit dem Bundesministerium des Innern abgesprochen – wurde bereits eine breit angelegte Verfassungsschutzprüfung im sogenannten „Haber-Verfahren“ eingeleitet.

Und unsere Partner in der Wissenschaft werden uns wertvolle Hinweise zu neuen Extremismusentwicklungen geben, etwa zum gewaltbereiten Antisemitismus von Hamas-Anhängern.

5. Wir messen die Wirksamkeit des Programms konsequent am Outcome, also an echten und langfristigen Effekten. Wir überarbeiten dazu gerade die Förderrichtlinien. Die Pflichten zum Nachweis der korrekten Mittelverwendung werden verstärkt, bei Verstoß Gelder zurückgefordert.

6. Wir stärken Demokratiebildung, Medien- und Nachrichtenkompetenz, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, gemeinsam mit den Ländern. Dazu unterstützen wir bestehende Initiativen.

Der Aufwuchs der Haushaltsmittel, verbunden mit Effizienzreserven im bestehenden Programm, ermöglicht uns, diese neuen Ziele zu erreichen! Hier erbitte ich Ihre Unterstützung!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt als Grundlage unserer Demokratie stärken. Demokratie lebt von einem guten gemeinschaftlichen Miteinander. Sportvereine, freiwillige Feuerwehren, Pfadfinder, Kirchen, unzählige Vereine, die unser Land bereichern – sie bringen Menschen zusammen. Was wenige wissen: Auch heute schon ist das Programm „Demokratie leben!“ fester Bestandteil der Extremismusprävention und Jugendarbeit in Ländern, Kreisen und Kommunen. Deshalb gilt: Was gut läuft, bleibt und wird gefördert. Was nicht gut läuft, wird gestrichen und nicht mehr gefördert.

Mit freundlichen Grüßen



Karin Prien